

Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung zum sofortigen Baustopp aller neuen Windenergieanlagen in den Wäldern des Landes auf, bis die dringend erforderlichen Korrekturen bei Planung und Steuerung des Windkraftausbaus erfolgt sind.

Wir begründen dies wie folgt:

Unter verantwortlicher Federführung der "grünen" Energieministerin Eveline Lemke treibt die rheinland-pfälzische Landesregierung den unablässigen Ausbau der Windenergienutzung durch gigantische Rotortürme voran. Weil sie die Entscheidungshoheit über Baugenehmigungen für solche weithin die Landschaften überprägenden Großbauwerke auf die kommunale Ebene geschoben hat, behauptet Frau Lemke, kein Windrad werde dort errichtet, wo die Bürger vor Ort es nicht hinhaben möchten. Diese Sicht der Dinge ignoriert, dass durch solcherart aufgenötigte Diskussionen über das Für und Wider der Windenergienutzung zahllose Dorfbevölkerungen gegeneinander aufgebracht und ausgespielt werden. So hat Frau Lemke mit ihrer Politik im ganzen Land Zwietracht gesät und bereits sehr großen Unfrieden gestiftet.

Das gleichfalls "grün" geführte rheinland-pfälzische Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten verfolgt einen stringenten Ausbau der Windenergienutzung in staatseigenen Waldgebieten und ignoriert dabei in immer mehr Fällen die stark anschwellenden Bürgerproteste. Bei dem zurzeit bekanntesten Beispiel dieser Vorgehensweise soll ein Windpark mit mindestens acht riesigen Rotortürmen im Staatsforst bei Mörschied, unmittelbar an der Grenze des soeben proklamierten Nationalparks, entstehen. Der Vertragspartner der Landesforstbehörde ist pikanterweise die Firma PROKON, deren Inhaber wegen zwielichtigen Geschäftsgebarens unter staatsanwaltschaftlicher Beobachtung steht!

Eine Mitte September 2013 gestartete Online-Petition "Keine Windräder bei Mörschied" war bereits nach zwei Wochen von mehr als 3.000 Bürgern gezeichnet, deren Zahl zurzeit noch weiterhin rasant ansteigt. Schon zuvor wurden der Ministerpräsidentin Malu Dreyer sowie den Ministerinnen Lemke und Höfken von vielen hundert Bürgern unterzeichnete Unterschriftenlisten zugesandt – jedoch vergeblich. Es wurden nicht einmal Empfangsbestätigungen dafür ausgefertigt! Und dies in einem Bundesland, dessen Ministerpräsidentin in der ersten Regierungserklärung nach ihrem Amtsantritt "größere Bürgernähe" versprach! Ihr Schweigen in der "Causa Mörschied" straft sie Lügen.

Vor wenigen Tagen schreckte im Rhein-Hunsrück-Kreis eine Zeitungsmeldung die Leser auf: Demnach riskieren die Piloten von Rettungshubschraubern bei Nachtflügen und trüben Wetterlagen Zusammenstöße mit den Rotorblättern der allzu dicht beieinander stehenden Windenergieanlagen. "Irgendwann können wir nicht mehr in den Hunsrück fliegen", wurde einer der Rettungspiloten zitiert. Möglicherweise ist dort nicht nur Gefahr im Verzug, sondern auch ein eklatanter Verstoß sowohl gegen das Gebot der gesundheitlichen Notfallversorgung als auch gegen Artikel 2 des Grundgesetzes zu befürchten.

Nach übereinstimmenden Prognosen fast aller maßgeblich mit der Entwicklung großtechnischer Stromspeichertechnologien beschäftigten Forschungsinstitute ist damit zu rechnen, dass die mittels Windenergieanlagen erzeugte Elektrizität frühestens um 2030 in der bundesweit benötigten Kapazität einigermaßen grundlastfähig vorgehalten und zur Verfügung gestellt werden könnte. Bis

dahin wird der sogenannte "Windstrom" in stetig wachsenden Überkapazitäten produziert und muss zu Billigstpreisen oder sogar umsonst an Abnehmer in den Nachbarstaaten geliefert werden.

Wenn der Wind nicht weht, müssen mit fossilen Energieträgern betriebene Kraftwerke die Grundlast sichern, sodass die oft behauptete Einsparung von Abgasen durch die Windkraftnutzung nur vergleichsweise geringfügig ist.

Während die Kosten für die in Deutschland praktizierte Art und Weise der Energiewende zum weit überwiegenden Teil von privaten und gewerblichen Stromkunden aufgebracht werden, wächst aber nach wie vor die enorme Zahl diverser Großbetriebe, die Strom beinahe zum Nulltarif erhalten. Diese ungerechte Verteilung der Belastungen verlangt nach einer umfassenden Korrektur des Erneuerbare-Energien-Gesetzes!

Bei den Verlautbarungen der mit den Problemen der ungesteuerten und regellosen Errichtung von Windindustrieanlagen befassten rheinland-pfälzischen Regierungsstellen ist zwar oft vom Klimaschutz, aber kaum noch vom Naturschutz die Rede. Gebetsmühlenartig wiederholt Frau Ministerin Lemke zwar immer wieder die Floskel von "Naturschutzbelangen", die "peinlich genau beachtet" würden, doch die Praxis überall im Land beweist genau das Gegenteil.

Der Landtagspräsident Joachim Mertes behauptet sogar, das durch die Rotoren der Windräder verursachte Sterben von Greifvögeln und Fledermäusen sei "mehrfach wissenschaftlich widerlegt worden". Genauso "wissenschaftlich widerlegt" sei auch die Tatsache, "dass Säugetiere in andere Reviere fliehen". Mertes' offenkundiger Fehleinschätzung steht jedoch eine eindrucksvolle Vielzahl aktueller Forschungsergebnisse gegenüber, die auch in dieser Hinsicht das Gegenteil beweisen.

Es ist noch viel schlimmer: In Wahrheit findet überall dort, wo Windenergieanlagen erbaut werden sollen, eine noch nie dagewesene, gnadenlose Verfolgung geschützter Tierarten statt. Seit Frühjahr 2013 wurden erneut Dutzende Horste von Schwarzstörchen, Rotmilanen und Wespenbussarden zerstört. Ganze Milanpopulationen wurden durch ausgelegte Giftköder ausgerottet. Ein Hunsrückler Ortsbürgermeister sprach es im Klartext aus: "Bevor die Milane die Windräder verhindern, schlagen wir alle Milane tot!" Wer etwa meint, diese Äußerung sei bloß ein "Ausraster", kennt nicht die deutlich überwiegende Stimmung auf der von Eveline Lemke mit der Entscheidungshoheit über den Bau von Windenergieanlagen betrauten kommunalen Ebene der Ortsgemeinderäte.

Aber auch ohne barbarische Totschlagsmentalität findet in den für die Errichtung von Rotortürmen freigegebenen Wäldern ein fortwährendes Artensterben statt. Selbst die nach europäischem Recht naturgeschützten FFH-Gebiete werden inzwischen mit Frau Lemkes ausdrücklicher Ermunterung nicht mehr ausgespart. Leider befürworten auch leitende Forstbeamte diese Praxis, doch über deren erstaunlichen Sinneswandel kursiert bereits in der Bevölkerung das seit alters her passende Sprichwort: "Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'!"

Es ist nicht hinzunehmen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung durch **Verordnungen** wie z.B. das LEP IV **am Parlament vorbei** die Schönheit ganzer Landschaften der Zerstörung durch Windkraftanlagen preisgibt. Dabei wird billigend in Kauf genommen, dass nicht nur unsere Landschaft, sondern auch unsere Wälder in einem Ausmaß geschädigt werden, dessen Folgen heute überhaupt noch nicht absehbar sind. **Durch diese Vorgehensweise werden Grundprinzipien unserer Demokratie außer Kraft gesetzt!**

Um wenigstens die bis heute noch verbliebenen Reste unserer unbedingt schützenswerten Natur- und Kulturlandschaften zu bewahren, fordert das Bündnis Energiewende für Mensch und Natur den sofortigen Baustopp aller neuen Windenergieanlagen in den Wäldern von Rheinland-Pfalz. Dieselbe Forderung erheben wir an die saarländische Landesregierung.

Zugleich erneuern wir unsere Forderungen nach der Mitwirkung unabhängiger (!) Gutachter und der anerkannten Naturschutzverbände bei allen Genehmigungsverfahren für Energieanlagen. Biosphärenreservate, Natura 2000-Gebiete, Naturparke, Wälder sowie Wasserschutzgebiete sind von Windenergieanlagen frei zu halten durch Ausweisung als Ausschlussflächen für Windkraftanlagen.

Zum Schutz der Menschen sind ab sofort Abstände von mindestens zwei Kilometern zwischen Windkraftanlagen und bewohnten Gebieten – auch Klein- und Einzelsiedlungen – einzuhalten. Sowieso verlangen wir eine Neuauflage des LEP IV, Kap. 5.2.1 "Erneuerbare Energien".

Statt der Entscheidungshoheit auf kommunaler Ebene fordern wir eine qualifiziert gesteuerte Planung durch die regionalen Planungsgemeinschaften nach klaren Ausschlusskriterien. Die Planungsgemeinschaften sind um unabhängige Naturschutzexperten sowie durch Vertreter der anerkannten Verbände zu erweitern.

Uwe Anhäuser

1. Vorsitzender Bündnis Energiewende für Mensch und Natur